

Jahresbericht 2009
FDP.Die Liberalen Kanton Bern
Rapport annuel 2009
PLR.Les Libéraux-Radicaux du canton de Berne



1. Jahresbericht des Präsidenten 2009



Johannes Matyassy, Parteipräsident

Das Jahr 2009 stand ganz im Zeichen der Vorbereitung und Durchführung der Grossrats- und Regierungsratswahlen vom 28. März 2010.

Die Freisinnigen sind – mit einer Ausnahme (Mittelland Süd) – mit vollbesetzten Listen zu den Grossratswahlen angetreten. Im Oberaargau gab es neben der FDP-Liste noch eine freisinnige KMU-Liste und im Wahlkreis Biel-Seeland stiegen die Romands wie 2006 neben den Deutschschweizern mit einer eigenen Liste ins Rennen. Die Jungfreisinnigen sind mit vier eigenen Listen (Emmental, Mittelland Nord, Oberaargau, Stadt Bern) sowie zahlreichen Vertretern auf den FDP-Listen angetreten. Insgesamt haben 246 Freisinnige und Jungfreisinnige, darunter 60 Frauen (24 Prozent), für den Grossen Rat kandidiert. In 7 der 9 Wahlkreise ist die *FDP.Die Liberalen* keine Listenverbindungen mit anderen Parteien eingegangen. Im Oberaargau gab es eine Listenverbindung mit den Grünliberalen und im Berner Jura eine mit der SVP.

Aufgrund der Ergebnisse der Gemeindewahlen von 2008 und 2009 war klar, dass die Gewinne der neu entstandenen BDP nicht nur zu Lasten der SVP gehen würden. Dass die *FDP.Die Liberalen* aber im Grossen Rat von 16,4 gerade auf 10,3 % Wähleranteil oder von 26 auf neu 17 Sitze einbrechen würde, das haben nicht mal die grössten Pessimisten vorausgesehen. Ich gratuliere den neu- bzw. wiedergewählten Grossrätinnen und Grossräten herzlich. Gegenüber den nicht wiedergewählten drücke ich mein Bedauern aus und ermutige sie, sich weiterhin für den Freisinn zu engagieren.

Das Resultat hat uns alle tief getroffen. Aber wir geben nicht auf, im Gegenteil, jetzt erst recht, heisst die Devise. Der freisinnige Geist und die *FDP.Die Liberalen* werden wieder erstarben. Wir zeigen Grösse in der Niederlage und stellen uns der Herausforderung im nationalen Wahlkampf 2011 mit starken Köpfen. Ich bin allen FDP-Mitgliedern dankbar, wenn auch sie weiterhin mit voller Kraft am „FDP-Karren“ ziehen helfen. Bei dieser Gelegenheit danke ich der Wahlkampfleiterin Maja Widmer-Trimaglio, ihrem Team sowie den Wahlkampfverantwortlichen der Kreisparteien für ihren grossen Einsatz.

Bei allem Hadern mit dem Wahlergebnis wollen wir die glanzvolle Wiederwahl unseres Regierungsrats Hans-Jürg Käser nicht vergessen. Mit dem besten Ergebnis aller bürgerlichen Kandidaten hat das Berner Volk seine gradlinige und gute Arbeit als Polizei- und Militärdirektor honoriert. Leider hatte die Regierungsratswahl neben einem lachenden für uns Freisinnige auch ein weinendes Auge: Der zweite FDP-Kandidat, Sylvain Astier, schaffte die Wahl in die Berner Regierung nicht. Zu wenig gross war offenbar die Unterstützung durch die anderen bürgerlichen Parteien. Das Gesamtergebnis zeigte jedoch deutlich, dass zumindest in der momentanen Situation, eine bürgerliche Regierungsmehrheit nur über den Jura-Sitz zu schaffen ist. Leider war die Solidarität und die Überzeugung von dieser Strategie unter den Bürgerlichen zu gering.

Die Grossratsfraktion hat im vergangenen Jahr wiederum sehr gute Arbeit geleistet. Die Zusammenarbeit mit der Kantonalpartei war sehr gut. Ich danke der ganzen Fraktion für die disziplinierte Arbeitsweise und den guten Dialog. Speziell möchte ich dem – leider als Grossrat nicht wiedergewählten – Fraktionspräsidenten Adrian Haas für sein riesiges Engagement danken. Er hat es verstanden, die Fraktion kompetent und souverän zu führen und im Sinne von guten Lösungen im Grossen Rat Mehrheiten zu bilden. Was angesichts der äusserst knappen Mehrheitsverhältnisse und der Spaltung von BDP und SVP keine einfache Aufgabe war. Ebenfalls danken möchte ich dem Fraktionsvizepräsidentium mit Susanne Bommeli, Bremgarten, und Adrian

Kneubühler, Nidau. Sie haben zusammen mit Adrian Haas die Fraktionssitzungen gut vorbereitet und für einen reibungslosen Fraktionsbetrieb gesorgt.

Im Berichtsjahr haben Geschäftsleitung und Delegierte folgende Parolen gefasst:

Kantonal:

Änderung der Verfassung; Stimmrechtsalter 16	Nein
Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Volksschule (HarmoS)	Ja

Eidgenössisch:

Bundesbeschluss zu einem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen	Ja
Volksinitiative «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)»	Nein
Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; Mindestumwandlungssatz)	Ja
Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr	Ja
Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»	Nein
Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»	Nein
Bundesbeschluss über die befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze	Ja
Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative	Ja
Einführung von elektronisch gespeicherten biometrischen Daten im Schweizer Pass	Ja
"Zukunft mit Komplementärmedizin" (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative "Ja zur Komplementärmedizin")	Nein
Personenfreizügigkeit Schweiz – EU: Weiterführung und Ausdehnung	Ja

Ende Februar 2009 fusionierten die schweizerische FDP und die Liberalen zur neuen Partei *FDP.Die Liberalen*. In diesem Zusammenhang wurden eine Totalrevision der nationalen Statuten und eine weitere Überarbeitung des visuellen Auftritts der Partei durchgeführt. Auf kantonaler Stufe wurde die Fusion in einem Fusionsvertrag geregelt, der von den kantonalen Delegierten am 22. April 2009 gutgeheissen wurde. Die Grossrats- und Regierungsratswahlen 2010 wurden bereits vollständig im neuen Erscheinungsbild umgesetzt.

Im April 2009 verlieh die Kantonalpartei wiederum den KMU-Preis. Die Ausgabe 2009 widmete sich Unternehmen, welche sich im besonderen Masse in Energieeffizienz- und Umweltfragen auszeichnen oder aber im Bereich der erneuerbaren Energien arbeiten. Eine Jury unter Grossrat Peter Flück wählte aus den zahlreichen Eingaben die Firma 3S Swiss Solar Systems AG aus Lyss zum Sieger des KMU-Preises 2009.

Im Mai 2009 fanden die Regierungsstatthalterwahlen statt. Durch die Reform wurden die 26 Amtsbezirke durch 10 Verwaltungskreise mit je einer Regierungsstatthalterin bzw. einem Regierungsstatthalter abgelöst. Nachdem die Zusammenarbeit mit der SVP im Verwaltungskreis Bern-Mittelland scheiterte und die SVP eigennützig – ohne Absprache mit den anderen bürgerli-

chen Parteien – ihren Kandidaten nominierte, stieg die *FDP.Die Liberalen* einzig im Kreis Thun mit dem bisherigen Statthalter von Seftigen Marc Fritschi ins Rennen. Während sich Marc Fritschi in Thun souverän gegen den linken Kandidaten durchsetzte, scheiterte der erwähnte SVP-Kandidat gegen den SP-Kandidaten im Bern-Mittelland deutlich.

Ende September gelangte der Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Volksschule (HarmoS) zur Volksabstimmung, nachdem konservative Kreise gegen den entsprechenden Grossratsbeschluss das Referendum ergriffen hatten. Die *FDP.Die Liberalen* engagierte sich in einem überparteilichen Komitee an vorderster Front für diese Reform. Eine sehr knappe Mehrheit der Stimmenden folgte den Argumenten der Befürworter, wodurch der Kanton Bern dem Harmos-Konkordat nun beitreten kann.

Zum ersten Mal fand Ende 2009 eine Tagung der freisinnigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte statt. An einem Samstagvormittag trafen sich rund 40 Exekutivmitglieder in Ostermundigen um im Rahmen eines Seminars das Thema Gemeindefusionen zu besprechen. Die Tagung wurde begrüsst und soll fortan jährlich zu einem aktuellen Thema stattfinden.

In Zusammenarbeit mit den Jungfreisinnigen Kanton Bern wurde ein Nachwuchsförderkonzept lanciert, in welches neun Jungfreisinnige aufgenommen und insbesondere im Hinblick auf die Grossratswahlen 2010 besonders gefördert wurden. Leider hat keiner der Förderkandidaten die Wahl in den Grossen Rat geschafft.

In den Ortssektionen, in der Grossratsfraktion, aber auch in der Kantonalpartei wurde viel Grundlagen- und Hintergrundarbeit geleistet. Ich danke allen, die sich für unsere Partei und damit das Wohl unseres Kantons einsetzten ganz herzlich. Ein besonderer Dank geht an die Ortssektionen und deren Vorstände. Sie sind die Basis einer erfolgreichen Parteiarbeit. Ohne aktive Ortssektionen geht in unserer Partei nichts, können wir weder Wahlen noch Abstimmungen gewinnen. Die eingesetzte Arbeitsgruppe Ortssektionen unter Marianna Lehmann führte ihre Arbeit in Zusammenarbeit mit den für die Kreise verantwortlichen Grossrätinnen und Grossräten fort. Die Kantonalpartei unterstützt sie weiterhin tatkräftig. Wir kommen auf Sie zu, wir bitten sie aber auch, uns zu kontaktieren, wenn sie Unterstützung oder Hilfe benötigen.

Ein herzliches Dankeschön geht auch an das Kantonalsekretariat mit Silvia Greminger, Patricia Rugoletti, Trix Pfenninger, Jürg Depierraz und Geschäftsführer Stefan Nobs. Das Sekretariatsteam leistet grosse, oft nicht gerade einfache Arbeit!

Mit diesem Jahresbericht verabschiede ich mich nach sechs Jahren als Kantonalpräsident. Ich danke allen ganz herzlich, die mich während diesen Jahren begleitet und sich für die *FDP.Die Liberalen* engagiert haben. Bleiben Sie weiter am Ball, sorgen Sie dafür, dass die *FDP.Die Liberalen* eine Volkspartei bleibt und tragen Sie das freisinnige Gedankengut in die Politik.

Johannes Matyassy, Gümligen
Kantonalpräsident

2. Rapport annuel du président 2009

L'année 2009 était placée sous le signe de la préparation et du déroulement des élections au Grand Conseil et au Conseil-exécutif du 28 mars 2010.

Les Libéraux-Radicaux – à l'exception du Mittelland Sud – présentaient des listes complètes pour les élections au Grand Conseil. En Haute-Argovie, à côté de la liste Libérale-Radicale, on trouvait encore la liste des PME libérales et dans le cercle Bienne-Seeland, comme en 2006, celle des Romands qui présentaient leur propre liste à côté des Alémaniques. Les Jeunes Libéraux-Radicaux présentaient quatre propres listes (Emmental, Mittelland Nord, Haute-Argovie, Berne Ville) ainsi que de nombreux candidats sur les listes Libérales-Radicales. Pour le Grand Conseil, nous avons en tout 246 candidats Libéraux-Radicaux / Jeunes Radicaux, dont 60 femmes (24 pour cent). Dans 7 des 9 cercles, le *PLR. Les Libéraux-Radicaux* n'a pas conclu d'apparement avec d'autres partis. En Haute-Argovie, nous étions apparentés aux Verts-Libéraux et dans le Jura bernois à l'UDC.

Les résultats des élections communales en 2008 et 2009 montrent que les gains du PBD n'ont pas été obtenus uniquement au détriment de l'UDC. Même les plus pessimistes des Libéraux-Radicaux n'avaient pas imaginé qu'au Grand Conseil le parti subirait un tel effritement (de 16,4 à 10,3%) et une perte de sièges de 26 à 17. Je tiens à féliciter cordialement les députées et députés élus ou réélus. Je remercie tous les candidats de leur dévouement, en particulier ceux qui n'ont pas été réélus, et les encourage à poursuivre leur engagement pour le Parti libéral-radical.

Nous avons tous été déçus des résultats. Mais nous n'abandonnerons pas. Nous ferons preuve d'une détermination encore plus grande. Grands dans la défaite, nous nous sommes fixés des défis pour les élections nationales 2011 en présentant de fortes personnalités. Je suis reconnaissant à tous les membres du PLR de continuer à tirer de toutes leurs forces au « char du PLR ». J'en profite pour remercier de leur engagement extraordinaire notre cheffe de campagne Maja Widmer-Trimaglio, son équipe ainsi que les responsables des différents cercles.

Lorsque nous discutons des élections 2010, nous ne manquons pas d'évoquer le résultat brillant de notre Conseiller d'Etat Hans-Jürg Käser. En le portant au premier rang des élus de droite, le peuple bernois a honoré sa droiture et l'excellence de son engagement en tant que Directeur de la police et des affaires militaires. Si nous nous sommes réjouis de cette élection au Gouvernement, nous regrettons la non-élection de Sylvain Astier. Le soutien escompté des autres partis bourgeois n'a pas répondu aux attentes. Le résultat a montré clairement que, dans une telle situation, c'est le siège du Jura bernois qui permet d'obtenir une majorité gouvernementale. Malheureusement, la solidarité a fait défaut et la nécessité stratégique de cet engagement n'a pas convaincu.

Une fois de plus, la fraction libérale-radical du Grand Conseil a accompli un excellent travail au cours de l'année écoulée. La collaboration avec les organes directeurs du parti cantonal a été très bonne. Je remercie tout le groupe de sa discipline de travail et des bons contacts que nous avons eues ensemble. Je tiens à adresser de chaleureux remerciements pour son engagement extraordinaire à notre président de groupe Adrian Haas, qui n'a malheureusement pas été ré-élu. Il a su conduire le groupe de manière compétente et souveraine en cherchant de bonnes solutions pour obtenir des majorités au Grand Conseil. Ce qui n'était pas toujours une tâche facile en raison des rapports de majorité très serrés et de la scission entre PBD et UDC. Mes remerciements vont également aux responsables du groupe, en particulier Susanne Bommeli de Bremgarten et Adrian Kneubühler de Nidau. Leur collaboration avec Adrian Haas a permis une bonne préparation des séances et un fonctionnement efficace du groupe.

Au cours de l'année écoulée, le Comité directeur et les délégués ont formulé les recommandations suivantes :

Objets cantonaux

Modification de la Constitution ; droit de vote à 16 ans	Non
Adhésion à l'accord intercantonal sur l'harmonisation de la scolarité obligatoire (HarmoS)	Oui

Objets fédéraux

Arrêté fédéral relatif à un article constitutionnel concernant la recherche sur l'être humain	Oui
Initiative populaire « Contre les mauvais traitements et une meilleure protection juridique des animaux (Initiative pour l'institution d'un avocat de la protection des animaux) »	Non
Modification de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP ; taux de conversion minimal)	Oui
Arrêté fédéral sur la création d'un financement spécial en faveur des tâches dans le domaine du trafic aérien	Oui
Initiative populaire « Pour l'interdiction d'exporter du matériel de guerre »	Non
Initiative populaire « Contre la construction de minarets »	Non
Arrêté fédéral relatif au financement additionnel de l'AI par un relèvement temporaire des taux de la TVA	Oui
Arrêté fédéral portant suppression de l'initiative populaire générale	Oui
Introduction de données biométriques enregistrées électroniquement dans le passeport suisse	Oui
« Pour la prise en compte des médecines complémentaires »	Non
Libre circulation des personnes Suisse – UE : Reconduction et extension	Oui

Fin février 2009, les Radicaux suisses (PRD) et les Libéraux fusionnent pour former le nouveau parti *PLR.Les Libéraux-Radicaux*. Il s'ensuit, au niveau fédéral, une révision totale des statuts et une nouvelle présentation visuelle du parti. Au niveau cantonal, la fusion a été réglée par un contrat approuvé par les délégués le 22 avril 2009. Les élections cantonales 2010 au Gouvernement et au Grand Conseil se sont déroulées sous la nouvelle présentation.

En avril 2009, le parti cantonal a distribué à nouveau le Prix des PME. L'édition 2009 était consacrée aux entreprises qui se sont distinguées dans les domaines de l'efficacité énergétique et les questions d'environnement ou dans celui des énergies renouvelables. Le jury présidé par le député Peter Flück a décerné le Prix des PME 2009 à l'entreprise 3S Swiss Solar Systems AG de Lyss.

Les élections des préfets ont eu lieu en mai 2009. Les 26 districts existant jusqu'alors ont été remplacés par 10 cercles administratifs avec chacun une ou un préfet. En raison de l'échec de la collaboration avec l'UDC dans le cercle administratif Berne-Mittelland et l'attitude de ce parti qui a désigné ses candidats – sans concertation avec les autres partis bourgeois – le *PLR.Les Libéraux-Radicaux* s'est présenté seul dans l'arrondissement de Thoune avec le préfet de Sef-tigen sortant Marc Fritschi. Alors que Marc Fritschi l'emportait souverainement à Thoune contre

le candidat de gauche, le candidat UDC échouait clairement contre le candidat PS à Berne-Mittelland.

Fin septembre, l'adhésion à l'accord intercantonal sur l'harmonisation de la scolarité obligatoire (HarmoS) a abouti en votation populaire, à la suite du référendum lancé par les milieux conservateurs contre la décision du Grand Conseil. Le *PLR.Les Libéraux-Radicaux* s'est engagé au premier rang d'un comité interpartis pour cette réforme. Une faible majorité des votants s'est ralliée aux arguments des partisans, permettant ainsi au canton de Berne d'adhérer au Concordat HarmoS.

Un Congrès des conseillères et conseillers municipaux libéraux-radicaux a eu lieu pour la première fois, à fin 2009. Un samedi matin une quarantaine de membres des exécutifs communaux se sont retrouvés à Ostermundigen pour un séminaire sur le thème des fusions de communes. La rencontre a été saluée et devrait se renouveler chaque année sur un thème d'actualité.

Un concept d'encouragement de la relève a été lancé, en collaboration avec les Jeunes Libéraux-Radicaux du canton de Berne. Il a permis l'adhésion de neuf Jeunes Radicaux qui ont été encouragés à se présenter aux élections 2010 au Grand Conseil. Malheureusement aucun d'eux n'a été élu.

Un important travail de fond a été accompli dans les sections locales, au groupe radical au Grand Conseil ainsi que dans le parti cantonal. Je remercie très cordialement tous ceux qui s'engagent inlassablement pour notre parti dans l'intérêt de notre canton. Un merci tout particulier aux sections locales et à leurs comités. Elles permettent un travail efficace du parti. Il est évident que, sans l'activité des sections, notre parti ne fonctionnerait pas et nous ne pourrions gagner ni élections ni votations. Le groupe de travail des sections locales, dirigé par Marianna Lehmann, s'engage en collaboration avec les députés responsables des arrondissements. Le parti cantonal les soutient énergiquement. Nous nous adressons à vous pour vous demander de nous contacter si vous avez besoin de conseils ou d'aide.

J'adresse un remerciement cordial à toute l'équipe du secrétariat avec Silvia Greminger, Patricia Rugoletti, Trix Pfenninger, Jürg Depierraz sous la direction du Stefan Nobs. Le team accomplit un énorme travail qui n'est pas toujours très simple.

C'est avec ce rapport que je prends congé du parti cantonal après six années de présidence. Je vous remercie tous très cordialement de m'avoir accompagné durant cette période et de vous être engagés pour le *PLR.Les Libéraux-Radicaux*. Continuez à lutter, veillez à ce que le *PLR.Les Libéraux-Radicaux* reste un parti citoyen et transmettez l'héritage libéral-radical en politique.

Johannes Matyassy, Gümliigen
Président cantonal

3. Jahresbericht des Fraktionspräsidenten 2009



Adrian Haas, Fraktionspräsident

Im Rahmen meines Jahresberichtes möchte ich wie immer zunächst einige Gedanken zur bürgerlichen Oppositionsrolle im Grossen Rat äussern, um sodann beispielhaft auf einzelne Geschäfte zu sprechen zu kommen.

Seit April 2006 dominiert eine rot-grüne Mehrheit die Regierungsgeschäfte. Demgegenüber halten wir Bürgerlichen im Grossen Rat eine knappe Mehrheit und stehen daher in Opposition zur Regierung. Die Oppositionsrolle ist allerdings nicht immer transparent und in einem Konkordanzsystem zusätzlich erschwert. Zum einen wirkt die Tatsache, dass Regierungsgeschäfte – *sofern sie vom Parlament zu genehmigen sind* - im Grossen Rat jeweils kritisiert, korrigiert oder nötigenfalls abgelehnt werden können, bereits präventiv und disziplinierend auf die Regierung. Zum andern werden die Korrekturen, welche der Grosse Rat anbringt, in der Öffentlichkeit jeweils nicht ohne weiteres als *dessen Verdienste* wahrgenommen. Auch sind Verantwortlichkeiten in einem Konkordanzsystem nicht klar zurechenbar, weil eine Vielzahl von Exponenten aus unterschiedlichen politischen Lagern irgendwie an Entscheiden

mitwirkt. Kommt noch dazu, dass im Kanton Bern die Politik nie den Ruf hatte, zügig in die Zukunft zu schreiten. Vielmehr zeichnet sie sich durch Bedächtigkeit und dem Bedürfnis nach Harmonie aus, was zuweilen zu Kompromissen führt, die den Kanton kaum weiter bringen.

Wenn also der Eindruck entsteht, der Mehrheitswechsel in der Regierung habe bisher nicht überall tiefe Spuren hinterlassen, so trifft dies tendenziell zu. Allerdings ist nicht wegzudiskutieren, dass die rot-grüne Färbung schleichend erfolgt. So wurde die Verwaltung schrittweise, aber dennoch massiv ausgebaut, die Steuern nur in homöopathischen Dosen gesenkt, die Engpässe im Individualverkehr – mit wenigen Ausnahmen – nicht angegangen und die Standortbedingungen für ein neues Kernkraftwerk in Mühleberg durch ein unverständliches Lavieren eher verschlechtert.

Aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat werden viele wichtige Abstimmungen zur Zitterpartie, was einem Vorwärtskommen unseres Kantons ebenfalls nicht förderlich ist. Eine bürgerliche Mehrheit ist nur dann erreichbar, wenn sich FDP, SVP, BDP, EDU, SD, FPS und vereinzelt bürgerlich denkende Mitglieder der CVP oder der EVP über ein Vorgehen einigen und zudem im Rat präsent sind. Bereits wenige Abwesenheiten oder abweichende Stimmen, mit denen aufgrund der Vielfältigkeit der Interessen immer zu rechnen ist, können über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Oft müssen auch Kompromisse geschmiedet werden, die dann eigentlich niemanden so recht „aus den Socken hauen“.

Erschwerend ist seit Mitte 2008 das Erscheinen der BDP dazu gekommen, weil es zum einen noch einen Partner mehr gibt (als hätte es nicht schon so genug!), zum andern weil jede (bürgerliche) Partei den Wunsch nach Differenzierung und Profilierung hat, welcher sich selbstredend nur durch eine abweichende Haltung manifestieren kann.

Das Zusammenspiel der bürgerlichen Kräfte klappte aber in der Vergangenheit dennoch meist gut und die FDP brachte dank dieser Allianz verschiedene ihrer Anliegen – leider meist nur im Sinne kleiner Schritte - durch. Die Bilanz fällt daher insgesamt positiv aus, wobei auch einige Niederlagen zu verzeichnen waren. In der Folge werden beispielhaft einige Geschäfte aufgezählt.

3.1. Positives

- › **Kredite für Hochwasserschutzprojekte**
Der Grosse Rat sprach Kredite für einen Abflussstollen am Gletschersee in Grindelwald sowie für die Erstellung eines Hochwasserschutzstollens in Lyss.
- › **Revision des Koordinationsgesetzes und des Baugesetzes**
Die Revision bringt eine Optimierung des Baubewilligungsverfahrens.
- › **Motion betr. Seniorberatung in der Kantonsverwaltung**
Mit einer Motion forderte Erwin Fischer (FDP) zusammen mit Reto Steiner (EVP) Modelle für eine Tätigkeit erfahrener Kader und Fachleute als Seniorberater für die kantonale Verwaltung. Die gute Idee wurde als Postulat überwiesen.
- › **Motion betr. Anpassung der SKOS-Richtlinien**
Gegen die Stimmen der Linken überwies der Rat eine Motion von Daniel Pauli (BDP), welche die nationalen Richtlinien für die Bemessung der Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien) an bernische Verhältnisse anpassen will. Das Ziel dabei ist, die tatsächlichen Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen.
- › **Motion Adrian Kneubühler (FDP), Peter Flück (FDP) und weitere zur Revision des Wassernutzungsgesetzes**
Der Grosse Rat beauftragte den Regierungsrat, eine Revision des Wassernutzungsgesetzes vorzulegen, welche die Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen in Wasserkraftwerke im Rahmen der bestehenden Konzession zulässt. Damit wird einerseits beabsichtigt, die ins Stocken geratenen Ausbauprojekte der Kraftwerke Oberhasli an der Grimsel wieder in Fahrt bringen, andererseits aber auch andere Projekte zu beschleunigen.
- › **Motion Pfister/Moser (FDP) betr. Dekret über Staatsleistungen an die Energieversorgung**
Ein Dekret über Staatsleistungen aus dem Jahr 1987 beschränkte die Mittel zur Förderung der Energieeffizienz auf sechs Millionen pro Jahr. Auf Initiative der beiden freisinnigen Motionäre wurde diese Limitierung aufgehoben.
- › **Überbauung Zeughausareal Burgdorf im PPP**
Der Grosse Rat stimmte einem jährlich wiederkehrenden Kredit von rund 18 Millionen Franken zu. Damit soll die Überbauung des Zeughausareals in Burgdorf im Public-Private-Partnership-Modell realisiert und betrieben werden.
- › **Angebotsbeschluss und Rahmenkredit zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs**
Ohne Gegenstimme wurde ein weiterer Ausbau des öffentlichen Verkehrs bis 2013 beschlossen.
- › **Motion Ruedi Sutter (FDP) betr. jährlicher Ausgleich der kalten Progression**
Mit einer Motion verlangte die FDP, dass die Einkommenssteuertarife im Kanton Bern künftig jährlich automatisch der Teuerung angepasst werden. Der Vorstoss wurde gegen den Willen der Regierung und der linken und grünen Parteien deutlich mit 75:64 angenommen.
- › **Postulat Moser (FDP) betr. Ligerztunnel**
Weil der Bund Finanzierungsprobleme für grössere Infrastrukturbauhaben hat, soll der Kanton Bern für den Bau des Ligerztunnels alternative Finanzierungsmodelle prüfen, um eine Verzögerung des Baus zu verhindern. Das Postulat mit dieser Forderung blieb im Rat unbestritten.
- › **Gesetz über die Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben**
Die vollständige Streichung der Pfandrechtsabgabe fand eine klare Mehrheit, während eine Senkung der Handänderungsabgabe an den Linken und der BDP scheiterte.
- › **Motion Haas/Brand/Hess/Schneiter betr. „Kein Verzicht auf StG-Revision 2011!“**
Mit einer Motion verlangten FDP, SVP, BDP und EDU vom Regierungsrat, dass er dem

Grossen Rat rechtzeitig eine Revisionsvorlage für eine Steuergesetzrevision 2011 unterbreitete. Inhaltlich sollte die Vorlage mehr bringen als bloss eine Umsetzung von zwingendem Bundesrecht und den Ausgleich der kalten Progression. Der Regierungsrat wollte die Motion nur als Postulat entgegen nehmen, unterlag aber zusammen mit den Linken im Rat deutlich (76:66 Stimmen).

- › **Motion Pfister/Kohler (FDP) betr. Gesetzesmissachtungen in der Spitalversorgung**
Mit einer Motion ersuchten freisinnige Mitglieder der Steuerungskommission den Regierungsrat, die Umsetzung der Spitalversorgung nach den gesetzlichen Vorgaben vorzunehmen. Die Motion wurde angenommen und schliesslich als erfüllt abgeschrieben.
- › **Motion Zumstein (FDP) für mehr Mittel für Kinderbetreuung**
Die Motionärin verlangte, dass der Kanton mehr Geld für die Familien ergänzende Kinderbetreuung aufwendet, nämlich in den Jahren 2010 und 2011 zusätzlich je zwei Millionen. Die FDP begründete ihre Forderung mit dem Platzmangel in Kindertagesstätten. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf seien mehr Betreuungsplätze von grosser Bedeutung. Der Grosse Rat überwies die Motion mit 64 zu 60 Stimmen.
- › **Motion Fischer (SVP) / Flück (FDP) / Leuenberger (BDP) / Burn (EDU) betr. Bürgerschaftsgenossenschaft für energetische Sanierungen**
Der Grosse Rat will eine Bürgerschaftsgenossenschaft einsetzen, um Hauseigentümer zur energetischen Sanierung ihrer Liegenschaften zu motivieren. Er hat daher einen entsprechenden bürgerlichen Vorstoss deutlich überwiesen. Der Vorschlag wird nun im neuen Energiegesetz Einzug finden.
- › **Abschaffung des Wohnraumerhaltungsgesetzes**
In Erfüllung einer Motion von Hubert Klopfenstein (FDP) hob der Rat das obsoleete Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum (WerG) auf Ende des Jahres 2011 auf. Diesem Gesetz ist nur noch die Stadt Bern unterstellt.
- › **Motion Steiner (EVP), Stalder-Landolf (FDP), Baltensperger (SP), Brand (SVP) betr. „Vier Jahre Unterricht an Gymnasien“**
Mit einer interfraktionellen Motion sollte der Regierungsrat beauftragt werden, „die gymnasiale Ausbildung im Rahmen eines ungebrochenen vierjährigen Ausbildungsgangs an Gymnasien stattfinden zu lassen“. Der Grosse Rat konnte sich nicht zu einer klaren Haltung durchringen und überwies den Vorstoss bloss in Postulatsform (mit 87 zu 51 Stimmen). Zuerst sollen die Ergebnisse der Evaluation der Maturitätsreform (Evamar II) detailliert analysiert werden.
- › **Justizreform II**
Der Grosse Rat beschloss die so genannte Justizreform II. Diese reduziert die 13 Gerichtskreise auf vier Gerichtsregionen und soll die Justiz effizienter machen. In den Grundzügen war die Justizreform, die 2011 in Kraft treten soll, unbestritten. Sie ist nötig, weil das Zivilprozess-, Strafprozess- und das Jugendstrafprozessrecht auf Bundesebene vereinheitlicht wurden.
- › **Aenderung des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge**
Die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer mit einem sogenannten Bonus-Malus-System war weitgehend unbestritten. Zudem setzten sich die Bürgerlichen mit einer wenn auch bescheidenen Senkung per 2011 durch.
- › **FDP-Motion betreffend Echtzeitvideoüberwachung an öffentlichen Orten**
Weil die SP nicht müde wurde, in eigenwilliger Manier der Gesetzesauslegung öffentlich zu behaupten, für die so genannte Echtzeitüberwachung fehle die gesetzliche Grundlage, reichte die FDP (Klaus Künzli) einen Vorstoss ein und verlangte eine entsprechende Präzisierung durch den Grossen Rat. Allen voran die Bürgerlichen, aber auch eine Minderheit der Grünen stellten sich hinter den Vorstoss (und unseren Polizeidirektor) und befürworteten die Echtzeitüberwachung.

- › **Motion von Sylvain Astier (FDP) betr. Einbindung des Amtsbezirks Biel in die Arbeiten der Interjurassischen Versammlung**
Mit einer Motion verlangte die FDP vom Regierungsrat, die entsprechenden Massnahmen zu treffen, damit der zweisprachige Amtsbezirk Biel in die Arbeiten der IJV eingebunden wird. Die Motion wurde mit 120 zu 0 Stimmen überwiesen.
- › **Motion von SP/JUSO betr. Volksschule ohne Selektion**
Der Grosse Rat lehnte mit den Stimmen der FDP einen Vorstoss mit 99 zu 36 Stimmen klar ab.
- › **Motion Stalder/Flück (FDP) betr. Gemeindefusionen**
Mit einer Motion verlangten die Freisinnigen, dass die Bestandesgarantie der Gemeinden durch eine Änderung der Kantonsverfassung in speziellen Fällen (leicht!) gelockert wird. Der Vorstoss wurde vom Grossen Rat (ausser von der SVP) unterstützt.
- › **Motion Sommer/Wyss (FDP) betr. „Stopp der neuen administrativen Belastungen“**
Mit einer deutlich überwiesenen Motion wurde der Regierungsrat ersucht, den Zuwachs an neuen administrativen Belastungen für Unternehmungen im Rahmen von öffentlichen Beschaffungsverfahren unverzüglich zu stoppen. Der Auftrag umfasst namentlich auch einen Verzicht auf die durch Ämter der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion und der Finanzdirektion geplante Pflicht, das Fazitblatt des Selbsttests Logib einzureichen.
- › **Motion Pfister (FDP) betreffend Fachkompetenzen bei Projekten**
Mit einer als Postulat überwiesenen Motion wurde der Regierungsrat ersucht, die gesetzlichen regierungsrätlichen Kompetenzen dahingehend zu ändern, dass Investitions- und Bauplanungen aller Direktionen in die Zuständigkeit der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion fallen.
- › **Motion Flück/Kneubühler (FDP) betr. optimale Rahmenbedingungen für ökologisch freundliche Wasserkraft**
Mit einer erfolgreich überwiesenen Motion verlangte die FDP vom Regierungsrat, dass er optimale Rahmenbedingungen für einen gezielten Ausbau der ökologisch freundlichen Wasserkraft (Neuanlagen und Modernisierung bzw. Erweiterung von bestehenden Anlagen) schafft.
- › **Motion betreffend Aufstockung des Polizeicorps**
Eine überparteiliche Gruppe von Grossräten der SP, FDP, BDP, Grünen, SVP und EVP forderte die Regierung in einer Motion auf, „ohne weitere Verzögerung die Bestandeserhöhung beim Polizeikorps in die Wege zu leiten.“ Die Motion war weitgehend unbestritten und wurde mit bloss zwei Gegenstimmen überwiesen.

3.2. Negatives

- › **Motion Sommer/Moser/Haas FDP betr. Ausbau Nordtangente**
Mit einer Motion wollte die FDP den Regierungsrat auffordern, vorwärts zu machen bzw. sich im Zusammenhang mit dem Ausbau der Nordtangente Bern beim Bund für die Variante Felsenauviadukt einzusetzen und nicht mehr am unrealistischen und verkehrstechnisch fragwürdigen Milliardenprojekt des Bypass-West-Tunnels festzuhalten. Sowohl die Ratsmehrheit als auch die Baudirektorin lehnten die Motion auch als Postulat ab.
- › **Motion Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien**
Der Grosse Rat nahm eine Motion von Daniel Steiner (EVP/Langenthal) mit 81:58 Stimmen an, welche Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien verlangte. Die FDP stimmte dagegen, weil zusätzliche Sozialhilfesysteme bloss zu Giesskannenübungen und zu Intransparenz führen. Arme Familien können via ordentliche Sozialhilfe unterstützt werden.

› **Stimmrechtsalter 16**

Gegen den Willen der FDP sprach sich der Rat mit drei Stimmen Unterschied (76:73) für die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren aus. Diese Verfassungsänderung wurde dann aber am 29. November 2009 vom Volk deutlich abgelehnt.

› **Investitionsfondsgesetz**

Mit der Einführung einer Schuldenbremse für die Investitionsrechnung im Jahr 2008 wurde neben der Defizitbremse (neu: Schuldenbremse für die laufende Rechnung) ein zusätzliches Instrument zur Beschränkung des staatlichen Ausgabengeborens eingeführt. Die Schuldenbremse für die Investitionsrechnung soll bewirken, dass der Kanton seine Nettoinvestitionen mittelfristig zu 100 Prozent mit eigenen Mitteln (also ohne Fremdkapital) finanziert. Mit dem neuen Gesetz werden nun diese Verfassungsbestimmungen inhaltlich aufgeweicht. FDP, SVP und EDU sprachen sich erfolglos gegen den neuen Fonds aus.

› **Gesetz für preisgünstige Mietwohnungen**

In der ersten Lesung lehnte der Rat das unnötige Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG) mit 77:75 noch ab. Wegen einigen Abweichlern und Abwesenden in den bürgerlichen Reihen wurde die Vorlage aber in der 2. Lesung mit 75:74 Stimmen verabschiedet. Das PMG bildet nun die Grundlage für eine Wiedereinführung einer kantonalen Wohnbauförderung bzw. dafür, dass der Kanton gemeinnützige Wohnbauträger und ihre Fachorganisationen in den nächsten vier Jahren (ein Gesetz mit Verfalldatum!) mit jährlich zwei Millionen Franken unterstützen kann.

3.3. Personelles in der Fraktion

› **Corinne Schmidhauser rückt an die Stelle von Therese Kohler nach**

Nach sieben Jahren trat unsere geschätzte Kollegin, Therese Kohler-Jost, Mühlethurnen, per 31. Mai 2009 aus dem Rat zurück. Vorab die grosse Belastung im Beruf hat sie zu diesem Schritt bewogen. Mit Therese Kohler-Jost verlor die Fraktion eine gradlinige, liberale Kämpferin für gesunde Finanzen und tragbare Steuern. Therese leistete als Mitglied der Steuerungskommission riesige politische Knochenarbeit. Als Vertreterin der Wirtschaft trieb sie auch Reformprozesse voran und setzte sich für bessere Rahmenbedingungen für die KMU's ein. Therese wird nun durch Corinne Schmidhauser, Zollikofen, würdig ersetzt. Wir haben Corinne bereits als engagierte Kollegin kennen gelernt und in der Fraktion gut aufgenommen.

› **Susanne Bommeli als neue 2. Vizepräsidentin des Grossen Rates**

Auf Antrag der FDP-Fraktion wählte der Grosse Rat, Susanne Bommeli zur neuen 2. Vizepräsidentin. Susanne wird damit indirekt für ihre langjährige, engagierte und wirkungsvolle politische Arbeit „entschädigt“. Im Jahr 2011 wird die FDP mit Susanne das Ratspräsidium stellen.

› **Hans-Jürg Käser als neuer Regierungspräsident**

Mit einem Glanzresultat wählte der Grosse Rat Hans-Jürg Käser zum Regierungspräsidenten 2009. Wir gratulieren unserem geschätzten Regierungsrat sehr herzlich und freuen uns auf den willkommenen „Rückenwind“ im Vorwahljahr.

› **Corinne Schmidhauser neu in der Oberaufsichtskommission**

Aufgrund des Proporztes innerhalb des Parlamentes bzw. als Folge eines Nachrutschens eines BDP-Parlamentariers auf einer seinerzeitigen SVP-Liste gewann die FDP einen 3. OAK-Sitz hinzu, welchen nun Corinne Schmidhauser inne hat.

› **Hans Rudolf Feller neu in der Steuerungskommission**

Neben Eva Desarzens und Hans-Jörg Pfister amtiert anstelle von Therese Kohler neu Hans Rudolf Feller in der Steuerungskommission. Als ehemaliger Finanzchef der Gemeinde Steffisburg bringt er beste Voraussetzungen für dieses „Zahlenamt“ mit.

› **Wahl von Patrick Trees zum neuen Ratssekretär**

In einer Kampfwahl um den wichtigen Posten des Ratssekretärs siegte mit 73 Stimmen unser freisinniges Parteimitglied, Patrick Trees. Der Gegenkandidat, Thomas Moser, erhielt 70 – vorab linke - Stimmen. Beiden Kandidaten waren in der vorgängigen Debatte im Rat gute Qualifikationen für die Arbeit im Dienst des Kantonsparlaments bescheinigt worden. Die Zusammenarbeit mit dem neuen Ratssekretär ist erfreulich angelaufen. Selbstverständlich hat er sein Amt in parteipolitischer Neutralität auszuüben, um auch das Vertrauen der anderen Parteien zu gewinnen.

3.4. Dank

Die (Vorbereitungs-)Arbeit im Rat gestaltet sich äusserst aufwändig. Jedes Mitglied der Fraktion wird entweder in ständigen oder in ad hoc gebildeten Kommissionen „gebraucht“. Das Engagement ist vorbildlich und die Kollegialität sehr erfreulich. Ich danke meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, meiner Stellvertretern, Susanne Bommeli und Adrian Kneubühler, und unserem Regierungsrat Hans-Jürg Käser ganz herzlich für die fruchtbare und freundschaftliche Zusammenarbeit. Mein Dank geht auch an das Fraktionssekretariat unter Silvia Greminger für die stets perfekte Unterstützung. Auf sie ist Verlass. Schliesslich danke ich unserem Parteipräsidenten, unserem Parteisekretär und dem Pressechef für ihr grosses Engagement auch hinter den Kulissen. Damit es an der „politischen Front“ funktioniert, sind unzählige Puzzlesteine auch im „Rückwärtigen“ richtig zu setzen.

Adrian Haas, Bern
Fraktionspräsident

4. Jahresbericht *FDP.Die Liberalen Frauen* 2009



Katrin Zumstein, Co-Präsidentin

Im Berichtsjahr konnten die *FDP.Die Liberalen Frauen* Schweiz ihr 60 jähriges Bestehen feiern. Die *FDP.Die Liberalen Frauen Kanton Bern* haben regelmässig an den Delegiertenversammlungen der *FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz* teilgenommen.

Ebenso gehört es mittlerweile zum Standard, dass zu Beginn des Jahres ein Brief an alle Mitglieder der *FDP.Die Liberalen Frauen Kanton Bern* mit Informationen und Terminen versandt wird. Zudem nehmen die *FDP.Die Liberalen Frauen Kanton Bern* an den Delegiertenversammlungen der *FDP.Die Liberalen Kanton Bern* teil und überbringen die Parolenfassungen zu den kantonalen und / oder eidgenössischen Abstimmungsvorlagen.

Zu Jahresbeginn schlossen sich die *FDP.Die Liberalen Frauen Kanton Bern* der Informationsveranstaltung der Berner KMU über die Volksabstimmung vom 8. Februar 2009 zur Personenfreizügigkeit Schweiz-EU an. Die FDP Frauen befürworteten die Vorlage aufgrund der wirtschaftlichen Notwendigkeit deutlich.

Am 7. März 2009 nahm eine Delegation des Vorstandes an der Delegiertenversammlung der *FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz* in Pfäffikon teil. Einen Teil des Anlasses bildete die Information und anschliessende Diskussion betreffend der schweizweit lancierten Präventionskampagne gegen Brustkrebs. Im Anschluss daran fasste die Delegiertenversammlung die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen betreffend der Komplementärmedizin und der Einführung des biometrischen Passes. Die Delegierten beschlossen beide Bundesbeschlüsse zur Annahme vorzuschlagen.

Die sektionsverantwortlichen Frauen des Kantons Bern trafen sich am 15. April zu ihrem Parolenfassungsanlass betreffend den obgenannten beiden Vorlagen. Nationalrat Christian Wasserfallen, FDP, informierte über die Vor- und Nachteile der Einführung des biometrischen Passes und empfahl die Vorlage aufgrund der Kompatibilität mit den anderen Staaten und der daraus resultierenden Vereinfachung für Reisende, anzunehmen. Die sektionsverantwortlichen Frauen folgten seinem Antrag einstimmig. Für die zweite Vorlage lieferten sich die beiden Referenten Prof. Dr. Beda Stadler, Direktor des Instituts für Immunologie an der Uni Bern, sowie Dr. med. Viktor Jenni, praktizierender Arzt in Bern und Vorstandsmitglied des schweizerischen Vereins homöopathischer Ärztinnen und Ärzte, einen wortreichen Schlagabtausch. Prof. Dr. Beda Stadler überzeugte die Mehrheit der Anwesenden, Komplementärmedizin nicht in die Grundversicherung aufzunehmen, da ihre Wirksamkeit bis heute nicht nachgewiesen sei. Dr. med. Viktor Jennis Argumente als jahrelang praktizierender Hausarzt und Homöopath vermochten die Anwesenden nicht umzustimmen. An diesem Anlass hatten wir die traurige Aufgabe uns von unserem langjährigen Vorstandsmitglied und unserer ehemaligen Grossrätin Marianne Fässler zu verabschieden. Leider ging sie nicht nur unserem Vorstand sondern sogar der FDP verloren.



Inés Roethlisberger, Co-Präsidentin

Am 26. August stellten unsere beiden Vorstandsmitglieder Claudia Obrecht und Meta Marti die eidgenössischen Vorlagen vor. Die Sektionsverantwortlichen folgten Claudia Obrecht in ihrer Empfehlung, den Bundesbeschluss über die befristete Zusatzfinanzierung der IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze anzunehmen. Der von Meta Marti vorgestellte Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative löste eine Grundsatzdiskussion in unserer Runde aus. Die sektionsverantwortlichen Frauen fragten sich, ob die Einführung der Vorlage im Parlament und der Verwaltung gut ausgearbeitet wurde, als man die allgemeine Volksinitiative zur Annahme empfahl. Es konnten sich deshalb nicht alle Anwesenden dazu bereit erklären, die Vorlage anzunehmen.

Zur Information betreffend HarmoS wurden zwei Kontrahentinnen, Nadja Pieren, Stadträtin Burgdorf SVP, und Susanne Bommeli, Grossrätin FDP, eingeladen. Nadja Pieren hatte es schwer in unserer Runde, ihre Standpunkte als Harmosgegnerin zu vertreten. Die sektionsverantwortlichen Frauen diskutierten sehr engagiert und äusserten sich klar für die Einführung von HarmoS in unseren Schulen.

Unser Regierungsratskandidat, Sylvain Astier, Grossrat FDP, stellte sich den *FDP.Die Liberalen Frauen Kanton Bern* am 28. Oktober vor. Die sektionsverantwortlichen Frauen erklärten sich gerne bereit, Sylvain Astier, tatkräftig bei seiner Kandidatur zu unterstützen. Zur Vorstellung der sogenannten Minarettinitiative wurde Herr René Schaufelberger, reformierter Pfarrer, eingeladen. Die sektionsverantwortlichen Frauen sind offen für andere Kulturen und erachten Verbote als nicht geeignetes Mittel, Menschen in der Schweiz zu integrieren. Die Volksinitiative wurde deshalb von den sektionsverantwortlichen Frauen einstimmig abgelehnt.

Der Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Bern, Simon Hostetter, stellte seinen Standpunkt zur Vorlage betreffend die Einführung des Stimmrechtsalters von 16 Jahren vor. Er, als Jungpolitiker, erachtet es nicht als Notwendigkeit, das Stimmrechtsalter herabzusetzen. Politisches Engagement sei gemäss seinen Ausführungen auch ohne aktives und passives Stimmrecht ohne weiteres möglich. Viele Jugendliche seien in diesem Alter mit dieser Verantwortung überfordert, falls sie sich überhaupt dafür interessieren. Was er jedoch unbedingt als notwendig erachtet, ist, dass die Lehrkräfte dem Staatskundeunterricht mehr Bedeutung zumessen. Die FDP Frauen Kanton Bern lehnten die Vorlage aufgrund der Ausführungen eindeutig ab.

Unser letzter Anlass im Berichtsjahr fand am 19. November statt. Organisiert wurde dieser besondere Abend mit einem Nachtessen; deshalb heisst dieser Anlass Dinner. Organisiert wurde die Veranstaltung einmal mehr durch unser Vorstandsmitglied Meta Marti. Als Referentin zur Frage "Ist Frauenbeschneidung in der Schweiz ein Problem?" wurde Frau Dr. Annette Kuhn eingeladen. Sie ist Leiterin des Zentrums für Urogynäkologie an der Frauenklinik des Inselspitals und befasst sich seit ihrer Jugendzeit immer wieder mit dieser Thematik. Auf ihren Reisen durch Afrika erfuhr sie vom Schicksal der Frauen. Eindringlich und tiefgehend berichtete sie über die Hintergründe der Beschneidung von Frauen, welche, entgegen der weitverbreiteten Meinung, nicht religiös motiviert sind. Die anwesenden Frauen – und zum Teil auch Männer, weil dieser Anlass bewusst offen ist für alle – waren beeindruckt von den Ausführungen.

Es verbleibt Katrin Zumstein und Inés Roethlisberger für die wertvolle Mitarbeit des Vorstands, welcher sich im Jahr 2009 aus der scheidenden Marianne Fässler, Meta Marti, Claudia Obrecht und Stephanie Anderegg zusammensetzte, zu danken.

Inés Roethlisberger und Katrin Zumstein hoffen auf grosses politisches Interesse im neuen Jahr und freuen sich, an unseren Anlässen zahlreiche FDP Frauen begrüssen zu dürfen.

Katrin Zumstein
Co-Präsidentin

, Langenthal

Inés Roethlisberger, Belp
Co-Präsidentin

5. Mitgliederbestand

(per 31. Dezember 2009)

	2008	2009
Bestand 31. Dezember	7252	7024
Veränderung +/-	- 264	-228
<u>Kreise</u>	2008	2009
Bern-Stadt	541	491
Emmental	726	723
Jura bernois	372	358
Mittelland	1585	1518
Oberaargau	1163	1127
Oberland	809	810
Seeland	1405	1366
Thun	651	631
Total	7252	7024
Romands	51	59
Sympathisanten/-innen	1384	1471

6. Organe

(per 31. Dezember 2009)

6.1. Zentralsekretariat

Geschäftsführer	Stefan Nobs
Presseverantwortlicher	Jürg Depierraz
Sekretariat	Silvia Greminger
	Béatrice Pfenninger
Buchhaltung	Mauro Rugoletti
Mutationen	Patricia Rugoletti

6.2. Geschäftsleitung (A = Ausschuss der Geschäftsleitung)

Präsident	Johannes Matyassy, Gümligen	A	
Vizepräsidentin	Claudia Obrecht, Lyss	A	
Vizepräsident	Peter Flück, Brienz	A	
Vizepräsident	Sylvain Astier, Moutier	A	
Geschäftsführer	Stefan Nobs, Lyss	A	
Fraktionspräsident	Adrian Haas, Bern	A	
Regierungsrat	Hans-Jürg Käser, Langenthal	A	
Wahlkampfleiterin	Maja Widmer-Trimaglio, Worb	A	
Finanzen und Verbindung zu Unternehmungen	Christoph Stalder, Bern	A	
Verbindung zu Sektionen	Marianna Lehmann, Wilderswil	A	
Frauen (mit 1 Stimme)	Inés Roethlisberger, Belp Katrín Zumstein, Bützberg	A A	
Jungfreisinnige	Simon Hofstetter, Signau	A	
Nationalrät/-innen	Christa Markwalder Bär, Burgdorf		
	Johann N. Schneider-Amman, Langenthal		
	Pierre Triponez, Muri		
	Christian Wasserfallen, Bern		
Kreispräsident/-innen	Dolores Dana, Bern		Bern-Stadt
	Rolf Wälti, Büren a.A.		Biel-Seeland
	François Nottaris, Hasle-Rüegsau		Emmental
	Sylvain Astier, Moutier		Jura bernois
	Urs Huber, Zollikofen		Mittelland
	Hans Baumberger, Langenthal		Oberaargau
	Urs Buri, Wilderswil Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (Co-Präsidium, mit 1 Stimme)		Oberland
	Gerhard Beindorff, Hilterfingen		Thun
Kommissionspräsident/-innen	Leonhard Cadetg, Gümligen	ERZ	Bildung
	Peter Moser, Biel/Bienne	BVE	BVE gesamt

	Peter Sommer, Wynigen	BVE	Bau
	Hans-Rudolf Markwalder, Burgdorf	BVE	Verkehr
	Peter Flück, Brienz	BVE	Energie
	Silvio Arioli, Riehen		Europafragen
	Hans-Rudolf Feller, Steffisburg	FIN	Finanzen
	Franziska Fritschy, Rüfenacht	GEF	Gesundheit und Soziales
	Adrian Kneubühler, Nidau	JGK	Justiz und Gemeinden
	Annelies Hüsey, Muri		Kultur, Medien
	Klaus Künzli, Ittigen	POM	Polizei und Ausländerfragen
	Ruedi Sutter, Grosshöchstetten	VOL	Volkswirtschaft
Vertreterin Angestellte	Inés Roethlisberger, Belp		
Vertretung PRR Bienne	Marc Renggli, Biel/Bienne		
Verbindung zur Presse	Jürg Depierraz, Bern		

6.3. Fraktion *FDP.Die Liberalen* im Grossen Rat

Sylvain Astier, Moutier	Klaus Künzli, Ittigen
Hans Baumberger, Langenthal	Hans-Rudolf Markwalder, Burgdorf
Susanne Bommeli, Bremgarten	Peter Moser, Biel/Bienne
Eva Desarzens, Boll	Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen
Hans Rudolf Feller, Steffisburg	Jean-Pierre Rérat, Sonvilier
Erwin Fischer, Lengnau	Corinne Schmidhauser, Bremgarten
Peter Flück, Brienz	Peter Sommer, Wynigen
Franziska Fritschy, Rüfenacht	Franziska Stalder-Landolf, Muri
Beat Giauque, Ittigen	Christoph Stalder, Bern
Pierre-Yves Grivel, Biel/Bienne	Marianne Staub, Thun
Adrian Haas, Bern (Fraktionspräsident)	Ruedi Sutter, Grosshöchstetten
Hubert Klopfenstein, Biel/Bienne	Sandra Wyss, Bern
Adrian Kneubühler, Nidau	Katrin Zumstein, Langenthal

6.4. Rekurs- und Schiedskommission

Henri-Louis Favre, a. Regierungsrat, Tavannes
Beat Hofmann, Gerichtspräsident, Bolligen
Alfred Rentsch, Pieterlen
Franz Stämpfli, Innertkirchen

6.5. Kontrollstelle

Martin Buser, Fürsprecher, Boll
Peter Gubler, Fürsprecher und Notar, Ittigen

7. Vertretungen in den kantonalen Gerichtsbehörden

7.1. Obergericht

Christine Pfister Hadorn, Bern
Peter Kunz, Säriswil
Hansjürg Steiner, Bellmund

7.2. Verwaltungsgericht

Ruth Fuhrer, Belp
Bernard Rolli, Biel/Bienne
Peter Schütz, Köniz
Beat Stalder, Muri

7.3. Steuerrekurskommission

Peter Kästli, Muri
